

Nach 20 Jahren deutscher Einheit: Neue globale Herausforderungen für Europa und den transatlantischen Verbund

von

**Prof. Dr. Rupert Scholz
Bundesminister a. D.**

- Vortrag am 04.02.2010 –

In diesem Jahr feiern wir den 20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, im vergangenen Jahr den vorausgehenden Fall der Mauer in Berlin. Diese Ereignisse haben nicht nur Deutschland die Einheit und die volle staatliche Souveränität wiedergegeben, sie haben nicht nur die Menschen in der ehemaligen DDR vom Joch der Diktatur befreit, sie haben vor allem auch die europäische Landkarte grundlegend verändert. Der Ost-West-Gegensatz ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Unterdrückungssystems in Osteuropa, dem Warschauer Pakt, beendet worden. Die Länder Ost- und Mitteleuropas sind buchstäblich nach Europa bzw. in den Kreis der demokratisch verfassten und sich zunehmend einigenden Staaten Europas zurückgekehrt. In diesem Sinne ist die deutsche Einheit mit Recht als ein Teil der Einigung Europas verstanden und vollzogen worden. Der Gefahr, dass Deutschland, das vor allem wirtschaftlich stärkste Land Europas, erneut – wie viele Jahrhunderte zuvor – in eine europäische Mittellage, ständig zum Pendeln und Lavieren zwischen Ost und West gezwungen, zurückkehren würde, wurde wirksam gebannt. Auch das wiedervereinigte Deutschland ist ein definitiver Teil des Westens, seiner Wertvorstellungen, seiner demokratischen Strukturen und seiner Einbindung in den transatlantischen Verbund. Der Prozess

der europäischen Einigung ist, auch nach dem Scheitern des seinerzeit geplanten Verfassungsvertrages, über das Vertragswerk von Lissabon weiter voran geschritten; allerdings ohne dass es – endlich – gelungen wäre, der Europäischen Union eine auch international voll handlungsfähige quasi-staatliche Gesamtstruktur zu geben – ein Defizit, dass sich vor allem an den unverändert national dominierenden Souveränitätsvorbehalten in den Bereichen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik offenbart. Sicherheitspolitisch bleibt Europa unverändert auf den transatlantischen Verbund mit den USA angewiesen; die USA sind unverändert die sicherheitspolitische Vormacht im transatlantischen Verbund. Das vor allem von den USA immer wieder und vielfältig eingeforderte burden sharing zwischen ihnen, den USA, und Europa sieht sich nach wie vor und vielfältig nicht eingelöst.

Nach dem Untergang der Sowjetunion gingen viele davon aus, dass nicht nur ein Jahrhundert des Friedens, sondern auch ein Jahrhundert der absoluten US-amerikanischen Dominanz weltweit aufbrechen würde. Beides hat sich jedoch als Illusion erwiesen, bis hin zu solchen Visionen, wie sie etwa Francis Fukuyama mit seiner These von „Ende der Geschichte“ beschworen hat. Wo der einstige Ost-West-Gegensatz ein gewisses Maß an internationaler Stabilität, gegründet auf die militärische Übermacht der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, vermittelt hatte, dort ist heute ein fast unendlich zu nennendes Feld internationaler Konfliktbereiche und Gefahrentatbestände erwachsen, dass sich als kaum noch beherrschbar, geschweige denn überschaubar erweist. Die USA sind zwar heute die einzig übrig gebliebene militärische Supermacht. Aber auch diese Supermacht ist jenen neuen internationalen Konfliktfeldern längst nicht voll gewachsen; in einem gewissen

Sinne ist die Welt heute unsicherer denn je zuvor. Das „amerikanische Jahrhundert“ ist nicht angebrochen und wird wohl auch nicht mehr anbrechen. Dies liegt vor allem daran, dass die USA zwar nach wie vor die einzige militärische Supermacht in der Welt sind, dass sie auf der anderen Seite aber über keine vergleichbare wirtschaftliche Stärke verfügen. Nicht zuletzt die Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise hat es offenbart: Gerade ausgehend von den USA sind die elementaren ökonomischen Schwächen der Vereinigten Staaten nur allzu deutlich geworden. Ausgehend von den USA sind sämtliche entwickelten Volkswirtschaften durch die Weltwirtschaftskrise in einen noch längst nicht gebannten Sog von Absturz, Finanzkatastrophen und neuer weltökonomischer Unsicherheit gestürzt worden. Weltweit bedarf es neuer Ordnungsstrukturen, neuer Regularien und neuer ökonomischer wie finanzpolitischer Verhaltensweisen, um Krisen dieser Art in der Zukunft zu begegnen. Wo sind aber diese neuen Strukturen, wo sind diese neuen Regularien? Sie sind, wie näheres Zuschauen nur allzu rasch ergibt, nach wie vor nicht ersichtlich, nicht bestimmbar und vor allem noch längst nicht mit der nötigen allzeitigen Bereitschaft zu handeln erkennbar.

Die heutige Welt wird vor allem ökonomisch von der Globalisierung bestimmt. Die Globalisierung hat zu einem unabschätzbaren Maß an weltweiter ökonomischer Freiheit, zu einer eminenten Öffnung sämtlicher nationalen wie internationalen Märkte geführt, sie hat die nationalen Volkswirtschaften aufgebrochen, interdependent und damit auch wechselseitig voneinander abhängiger gemacht. Dieser Prozess der Globalisierung überlagert alles weltgeschichtliche Geschehen und bietet damit auch eine Fülle großartiger neuer Entwicklungschancen für die ganze

Welt. Dass die Weltwirtschaftskrise vielfältig Skepsis und Ablehnung gegenüber diesen Entwicklungschancen gefördert oder neu produziert hat, ändert an alledem nichts. Überall dort, wo man der Versuchung zu neuen nationalen Protektionismen oder ähnlichem nachgegeben hat oder nachzugeben bereit ist, weist dies den definitiv falschen, man kann auch sagen geschichtswidrigen Weg. Die Zeiten nationaler volkswirtschaftlicher Souveränitäten sind ein für alle mal und definitiv vorbei.

Ungeachtet dessen bedarf es gerade auch im Lichte der Globalisierung neuer Strukturen, neuer Ordnungsmaßstäbe und neuer Integrationsformen, um die vor allem ökonomisch, aber auch sicherheitspolitisch so sehr in buchstäbliche Unordnung geratene Welt wieder zu befrieden und rechtssicherer zu gestalten. Gerade hierin liegt auch die entscheidende und allein zukunftsfähige Herausforderung für Europa und den transatlantischen Verbund. Europa und die USA verbinden gemeinsame Wertmaßstäbe, verbinden nicht nur sicherheitspolitische Kooperationen, vermittelt vor allem über die NATO, sondern verbinden auch prinzipielle grundlegende Wertvorstellungen, die allerdings auch politisch-operationelle Konsequenzen fordern. Das Nordatlantische Bündnis basiert heute immer noch auf den alten Vorgaben aus den Zeiten des Ost-West-Gegensatzes; eine Überarbeitung und Neubestimmung im Lichte der neuen weltpolitischen Konfliktlagen ist nach wie vor nicht erfolgt. Mit anderen Worten: Die NATO bedarf eines grundlegend erneuerten Sicherheits- und Strategiekonzepts weltweit wirksamer sicherheitspolitischer Kooperation und entsprechen weltweit wirksamer Sicherheitspartnerschaft. Es ist nicht nur tragisch, sondern auch gefährlich, dass diese definitiv seit langem

erkennbaren Herausforderungen immer noch ohne eine entsprechend wirksame Antwort geblieben sind.

Aber es geht nicht nur um den Bereich der Sicherheitspolitik. Es geht ebenso und vermutlich noch stärker um den Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik und es geht noch weiter darum, für die gesamte so sehr ins Schwanken und Ungleichgewicht geratene Geopolitik neue zukunftssichernde Antworten zu entwickeln.

Die Globalisierung hat nicht nur die nationalen Wirtschaftsstrukturen aufgebrochen und buchstäblich „internationalisiert“. Die Globalisierung hat vor allem dazu geführt, dass wir heute – nur noch – zwischen unterschiedlichen Wirtschafts- und Interessenräumen weltweit unterscheiden können – ein Aspekt, auf den Klaus von Dohnanyi kürzlich und mit Recht sehr aufmerksam gemacht hat. Neben dem europäisch-transatlantischen Raum steht der so dynamisch wachsende asiatische Raum. Neben diesen beiden stehen die vielfältigen geopolitischen Entwicklungsprozesse in den Entwicklungsländern, namentlich in Afrika und in Südamerika. Ein weiterer Raum dieser Art ist der pazifische Raum, angeführt vor allem von den sog. „Tigerstaaten“. Der asiatische Raum explodiert buchstäblich mit seinen nicht nur ökonomischen, sondern auch demografischen Wachstumsraten – vor allem in China und in Indien. Mit anderen Worten: Es sind die geopolitischen Räume mit ihren ökonomischen und demografischen Vorgaben, die die Welt heute bestimmen, es sind nicht mehr oder doch nur sehr begrenzt die staatlichen Formationen, die die Weltordnung mit ihren tradierten Strukturen von nationaler Souveränität wechselseitigen bzw. primär national definierten Interessen bestimmen. Es sind die geopolitisch weitgehend offenen Räume, die die Globalisierung geschaffen hat, für die vor allem das

Prinzip weltweit wachsender ökonomischer Freiheit und ökonomischen Wettbewerbs maßgebend ist. Freiheit und Wettbewerb bieten großen Chancen, sie bergen aber auch vielfältige Gefahren. Ungezügelter Freiheit, ungezügelter Wettbewerb können große Risiken und große, nicht nur ökonomische, sondern auch sicherheitspolitische Risiken wie Konflikte produzieren. Wenn man heute weltweit von einem „Wettbewerb der geografischen und kulturell-demografischen Räume“ sprechen kann und sprechen muss, so entbindet dies gerade nicht von der Pflicht bzw. Verantwortung, für diesen Wettbewerb auch die richtigen und vor allem friedenssichernden Gestaltungs- und Ordnungsstrukturen zu entwickeln.

Schauen wir zunächst auf den „Raum Europa“ und fragen wir nach seinen Entwicklungsperspektiven wie Entwicklungspostulaten: Gerade nach der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und der Befreiung Ost- und Mitteleuropas vom sowjetischen Joch, nach der deutschen Wiedervereinigung bedarf es dringend einer wirklichen Zusammenführung Europas im Sinne einer politischen Union, die auch international handlungsfähig ist. Auch nach dem Vertrag von Lissabon ist dies jedoch noch längst nicht in hinreichendem Maße gelungen. Der Prozess der europäischen Einigung ist zwar ökonomisch weitgehend gelungen, aber nicht darüber hinaus im Sinne einer auch politisch wirklich handlungsfähigen Einigung. Auch innerhalb der Europäischen Union dominieren im Übrigen nach wie vor erhebliche wirtschaftliche Ungleichgewichte, vor allem die ost- und mitteleuropäischen Staaten hinken nach wie vor in erheblichem Maß nach, bedürfen unverändert wesentlicher, vor allem wirtschaftlicher Hilfe. Gerade der wirtschaftlich stärksten Macht Europas, also dem wiedervereinigten Deutschland, fällt

hierbei eine besondere Verantwortung und Aufgabe zu. Deutschland ist nicht nur der geborene Brückenstaat zwischen West- und Osteuropa, Deutschland ist vor allem wegen seiner vielfältigen traditionellen Bindungen zu den Ländern Ost- und Mitteleuropas wahrhaftig berufen, hier eine führende Rolle in der weiteren, ebenso wirtschaftlich fördernden wie politisch harmonisierenden Entwicklung Ost- und Mitteleuropas zu übernehmen. Dies gilt im Übrigen auch im Verhältnis zu Russland. Russland ist militärisch nach wie vor eine Weltmacht, ökonomisch aber vielfältig auf den Stand eines Schwellenlandes zurückgefallen, das seine wirtschaftliche Existenz mehr oder weniger nur auf seine hohen Rohstoffreserven und deren Export gründet. Russland steht geopolitisch zwischen Europa und Asien. Russland ist ein buchstäblich eurasisches Land – mit allen kaum messbaren Problemen und Schwierigkeiten in der eigenen geopolitischen Standortbestimmung. Der Druck vor allem Chinas auf den asiatischen Teil Russlands wird immer stärker und der europäische Teil Russlands drängt immer stärker – und dies, wie ich denke, mit Recht – nach Europa. Russland liegt buchstäblich an der Schnittstelle, aber auch am zentralen Schnittpunkt des europäischen und des asiatischen Wirtschafts- und Entwicklungsraums. Hierauf muss gerade Europa im Wettbewerb mit dem asiatischen Raum bald eine Antwort finden, soll Russland nicht in selbstzerstörerische Isolation und Unsicherheit verfallen. Mit Sicherheit kann Russland angesichts seiner Größe und Stärke und angesichts seiner auch asiatischen Verwurzelung nicht Teil der Europäischen Union werden. Was hindert die Europäische Union aber, mit Russland andere Formen der wechselseitigen Bindung aneinander und der gemeinsamen Entwicklung zu gehen, beispielsweise Formen einer spezifischen Assoziierung Russlands mit der Europäischen Union

und mit dem transatlantischen Verbund einzugehen? Eine Notwendigkeit, die sich nach meiner Auffassung ebenso wirtschaftspolitisch wie sicherheitspolitisch begründet. Mit Sicherheit kann Russland nicht Mitglied der Europäischen Union und ebenso wenig Mitglied der NATO werden. Das Wort des früheren russischen Staatspräsidenten Boris Jelzin von einer NATO, die sich von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt, war natürlich schlichte Utopie. Aber auch sicherheitspolitisch ist eine stärkere Kooperation zwischen Europa und dem transatlantischen Verbund einerseits und Russland andererseits geboten. Dies belegt schon das wachsende gemeinsame Konfliktpotential im kaukasischen Raum und im Nahen Osten. Hier bestehen gemeinsame sicherheitspolitische und gemeinsame wirtschaftspolitische Interessen und hier gilt es gemeinsam vorzugehen, gemeinsame Interessen zu definieren und gemeinsame Antworten auf die ebenso gemeinschaftlichen Herausforderungen zu geben. Im Lichte dieser neuen internationalen Herausforderungen wird es vor allem auch darum gehen, zwischen der Europäischen Union und den USA einerseits und Russland andererseits eine Form strategischer Partnerschaft zu entwickeln – ein Aspekt, auf den kürzlich Bundesaußenminister Westerwelle mit Recht hingewiesen hat. Sicherheitspolitisch geht es vor allem um die nahezu täglich wachsenden Gefahren des internationalen Terrorismus, die sich wiederum und vor allem mit der zunehmenden Entwicklung sog. failed states verbinden. Immer mehr Staaten – von Afghanistan über den Sudan, Somalia, den Jemen und möglicherweise künftig auch Pakistan – verfallen innerstaatlich, verlieren an der Kraft innerstaatlicher Sicherheitsgewähr und innerstaatlicher Gestaltungsmöglichkeit – mit der weiteren Konsequenz, dass sich gerade in solchen Ländern die Zellen des internationalen

Terrorismus, namentlich und beispielsweise die der Al Qaida – breit machen. Solchen Entwicklungen kann nur gemeinsam begegnet werden – gemeinsam vor allem vom transatlantischen Verbund in Zusammenwirken namentlich mit Russland, künftig aber auch mit China und Indien.

Auch Europa und der transatlantische Verbund müssen nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch geopolitisch neue Antworten für das eigene Verhältnis und die gemeinschaftliche Weltverantwortung geben. Der transatlantische Verbund muss nach meiner Auffassung vor allem wirtschaftspolitisch viel enger als bisher zusammengeführt werden; und dies nicht nur im Lichte immer wieder aufflackernder amerikanischer Isolationismuskonzeptionen, sondern vor allem auch gegenüber den wachsenden Interessen der USA im pazifischen Raum. Wenn sich die Vereinigten Staaten in ihrer Geopolitik von Europa abwenden und sich prioritär dem pazifischen Raum zuwenden sollten, wäre der transatlantische Verbund nur allzu rasch an seinem schleichenden Ende angekommen. Wirtschaftspolitisch spricht meines Erachtens deshalb alles dafür, zwischen der Europäischen Union und der USA eine wirtschaftliche Freihandelszone zu konstituieren, die beide Wirtschaftsräume wirklich zusammenführt – dem gemeinsamen Grundverständnis, den gemeinsamen Wurzeln und den gemeinsamen Wertverständnissen gemäß. Europa allein kann heute den Wettbewerb der internationalen Räume nicht bestehen, und auch die USA können dies nicht. Gemeinsam können sie aber zu einem wirklichen Stabilitätsanker und Stabilitätsgarant für die globalisierte Welt werden, und Gemeinsamkeit heißt nicht nur sicherheitspolitische Partnerschaft, sondern auch wirtschaftspolitische Integration.

Über eine solche neue Politik Europas und auch der USA könnten sich im Übrigen auch alle jene Konfliktfelder entschärfen, die sich heute – mit wachsender Brisanz – um Staaten wie die Ukraine, Georgien, Moldawien usw. ranken. Diese Staaten streben nach Europa, streben in die Europäische Union und ebenso in die NATO. Gerade letzteres wird vor allem von Russland als Gefährdung der eigenen Sicherheit empfunden. Dies geschieht zwar angesichts der wahrhaft friedenssichernden Rolle der NATO zu Unrecht, aber die fortbestehenden Ressentiments Russlands gerade gegenüber der NATO darf man nicht unterschätzen oder leichtfertig beiseite schieben. Auch Russland hat seine sicherheitspolitischen Interessen – gerade im Hinblick auf seine ebenso labile wie ungesicherte Position im euro-asiatischen Kontext insgesamt. Gelingt es jedoch, das Verhältnis Europas und damit auch des transatlantischen Verbundes mit Russland auf eine engere, kooperative und sich wechselseitig öffnende Dimension hin zu entwickeln, so werden sich auch die Probleme in jenen Staaten wie der Ukraine usw. rascher und buchstäblich ebenso friedlich-gemeinsam wie zukunftsfähig lösen lassen.

Nur in den Vereinten Nationen verfügt die Welt, alle Nationen umfassend, über ein System von Koordinierungsfähigkeit und damit auch Friedenssicherung. So begrenzt dieser Ordnungsmechanismus der UNO nach wie vor ist, er bietet wohl nach wie vor die einzige Chance, weltweit wirksame Mechanismen nicht nur zur Friedenssicherung, sondern auch für ökonomischen Ausgleich und auch wirtschaftspolitische Regulierung zu entwickeln. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat einmal davon gesprochen bzw. vorgeschlagen, neben den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen vergleichbar strukturierten Weltwirtschaftsrat zu stellen. Sie hat mit diesem Vorschlag bekanntlich nicht nur Ablehnung, sondern sogar den Vorwurf von weltfremden Utopismus erfahren. Ich denke, dass dies wahrhaftig zu Unrecht geschehen ist. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in den vergangenen Jahrzehnten vieles bewirkt, viel zur internationalen Friedenssicherung, nicht zuletzt in Europa nach dem Zerfall des früheren Jugoslawiens bewirkt. Ein

vergleichbar strukturierter Weltwirtschaftsrat könnte gerade in Situationen wie der Weltwirtschaftskrise mit dafür sorgen, dass die nötigen weltweit wirksamen Regularien und Ordnungsmaßstäbe entwickelt und durchgesetzt werden.

Die Globalisierung hat uns, um es noch einmal zu betonen, geopolitisch vor allem eines beschert: nämlich den Wettbewerb der in aller Regel nur territorial zu bestimmenden Räume. Räume, die über nationale Grenzen hinausreichen, Räume, die buchstäblich keine Grenzen mehr kennen oder anerkennen, Räume, die auf unterschiedlichen ökonomischen Interessen, unterschiedlichen Kulturen und unterschiedlichen demografischen Faktoren basieren und Räume, denen vor allem ordnungspolitisch – abgesehen von dem Ruf nach noch mehr Freiheit und noch mehr wirtschaftlichem Wettbewerb – nur wenig gemein ist. Ordnungspolitik im Sinne von geopolitisch übergreifender Gemeinsamkeit ist jedoch notwendig. Auch dies lehrt die Weltwirtschaftskrise. Nur Ordnungspolitik kann die Vorstellung einer geordneten multipolaren Welt erschließen und Wirklichkeit werden lassen. Aber an einer solchen multipolar geordneten Welt fehlt es nach wie vor, sie scheint nach wie vor schlichte Utopie zu sein. Der Ost-West-Gegensatz kannte ein Verhältnis weltbeherrschender Bipolarität vor allem zwischen den USA und der früheren Sowjetunion. Eine solche Bipolarität ist heute jedoch nicht mehr denkbar, und jedermann weiß, auf welchen fragilen Fundamenten gerade die Rolle der Sowjetunion bzw. der imperialistischen Ziele ihres diktatorischen Systems stand. Aber auch die USA sind in ihrer wahrhaft polaren Rolle in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich erschüttert worden. Eine multipolar geordnete Welt kann mit Sicherheit nicht allein auf die befriedende Dominanz der Vereinigten Staaten gegründet werden. Sie kann dies aber, in durchaus hohem und zukunftsfähigen Maße auf eine polare Rolle des transatlantischen Verbundes gegründet werden. Europa und die USA sind nicht nur geschichtlich, sie sind auch in ihrem gemeinsamen Werteverständnis, in ihrem gemeinsamen Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie und den Menschenrechten unauflöslich miteinander verbunden. Wird dieser

vor allem wertemäßig vorgegebene Verbund auch geopolitisch verstärkt, verstärkt vor allem über den Zusammenschluss zu einem auch ökonomisch voll integrierten Wirtschaftsraum, verstärkt auch über ein neues Konzept weltweit wirksamer Sicherheitsverantwortung, so könnten jedenfalls von der westlichen Welt her gesehen die Voraussetzungen für einen wahrhaftigen polaren Anker zukunftsfähiger Wirtschafts-, Sicherheits- und auch allgemeinerer Ordnungspolitik gelegt werden.

Wie sich der asiatische Raum als Hauptkonkurrent des Westens entwickeln wird, vermag heute niemand vorauszusagen. China und Indien sind auf dem Wege zu wahrhaftigen, nicht nur ökonomischen Weltmächten. Auch ihr Wettbewerb miteinander und gegeneinander wird die weitere Entwicklung des asiatischen Raums in entscheidender Weise bestimmen. Aber auch dieser nicht nur innerasiatische, sondern weltweit ausgreifende Wettbewerb bedarf der nötigen, buchstäblich multipolarisierenden Ausbalancierung und damit stabilisierenden Gleichgewichtigkeit durch andere; und dies heißt wiederum vor allem durch den transatlantischen Verbund von Europa und den Vereinigten Staaten. Eine multipolar funktionierende und entsprechend friedenssichernde Weltwirtschaftsordnung muss sich vor allem um eine solche Balance und ein solches Gleichgewicht zwischen dem asiatischen Raum einerseits und dem transatlantischen Raum andererseits bemühen. Aber auch hier sind ja durchaus strukturelle Ansätze selbst im asiatischen Raum erkennbar oder doch denkbar. Ich erwähne nur das, freilich noch außerordentlich lockere und wenig gefestigte System der ASEAN. Warum sollte sich nicht auch aus ASEAN für den asiatischen Raum eine geordnete polfähige Gesamtstruktur entwickeln lassen, die der Vorstellung oder auch Zielsetzung einer insgesamt multipolar geordneten Welt gerecht werden könnte? Ein erster bedeutsamer Schritt in diese Richtung liegt in der Beseitigung von rund 90 % der Zölle zwischen China und den meisten ASEAN-Staaten. Hier entsteht eine asiatische Freihandelszone von immenser Zukunftsbedeutung.

Unser Ziel muss jedenfalls, und damit lassen Sie mich schließen, eines sein: Ein ungezügelter weltweiter, ordnungspolitisch nicht abgestimmter und regulierter Wettbewerb der geografischen Räume birgt allzu viel Gefahren und Risiken, so groß auch seine freiheitlichen und wettbewerblichen Chancen sind. Internationaler Wettbewerb und auch internationale Freiheit, international geöffnete Märkte sind im Zeichen der Globalisierung nicht nur notwendig und unabwendbar, sie bergen auch unendlich große Chancen für die Menschheit insgesamt. Aber man muss auch ihre Risiken und Gefahren sehen; und diese fordern eine ebenso wirksame wie geopolitisch umfassende Ordnungspolitik – eine Ordnungspolitik, der alle verpflichtet wären, der alle zu genügen haben, die vor niemandem die Tür schließt, sondern die insoweit auch ein Stück allseits befriedender „Weltinnenpolitik“ eröffnen würde.